

Perspektiven aus dem Exil

Vor meiner Flucht aus Togo war ich an der Aufstandsbewegung von 1990/91 beteiligt. Seitdem bin ich in der Diaspora aktiv und unterstütze oppositionelle Gruppen in Togo. Zur Zeit der letzten großen Proteste 2017/18 waren sowohl die Opposition in Togo als auch wir in der Diaspora im Kampf gegen das Gnassingbé-Regime und für Demokratie vereint. Nachdem die Protestbewegung abgewürgt wurde, waren alle demoralisiert und haben sich wechselseitig die Schuld zugeschoben. Ich selbst fliege mindestens einmal im Jahr nach Togo, um Verwandte und alte Freund:innen zu besuchen. Dabei habe ich seit dem Ende der letzten Protestbewegung ein mulmiges Gefühl. Ich habe Angst, nach Ankomst am Flughafen in Lomé festgenommen zu werden und in irgendeiner Haftanstalt zu verschwinden. Denn in der Diaspora gibt es genauso wie in Togo Spitzel, die dem Überwachungsapparat zuarbeiten. Außerdem gibt es mehrere Diaspora-Aktivist:innen, denen das schon passiert ist. So sitzt ein Togolese aus Irland seit Ende 2018 ohne Anklage im Zentralgefängnis von Lomé, weil er jungen Leuten für ein Vorbereitungstreffen für eine Demonstration seine Wohnung in Lomé zur Verfügung gestellt haben soll. Oder ein Aktivist aus Hamburg, er wurde während eines Besuchs in Togo bei einem Treffen mit zwei Mitgliedern einer Oppositionspartei festgenommen. Auch er ist weiterhin ohne Anklage in Haft. Dazu kommen weniger dramatische Vorkommnisse, die aber auch zeigen, welches Klima der Angst entstanden ist. So wurde ein Freund, der 2018 zur Unterstützung der Proteste in Togo an einer Kundgebung vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag teilgenommen hatte, von einem Verwandten aus Togo angerufen und gewarnt, dass er auf einem Youtube-Video von der Aktion eindeutig zu erkennen sei. Seitdem ist mein Freund nicht mehr aktiv, weil er weiterhin nach Togo fahren möchte. Auch ich versuche, möglichst vorsichtig zu sein, indem ich beispielsweise bei öffentlichen Veranstaltungen nicht zu erkennen bin oder für die Kommunikation nicht mehr WhatsApp benutze. Dennoch will ich mich nicht einschüchtern lassen.

Koffi Amah ist in Lomé aufgewachsen und lebt seit etwa 20 Jahren in Deutschland

Afrique-Europe-Interact arbeitet fast ausschließlich ehrenamtlich. Der größte Teil unserer Spenden fließt in die Aktivitäten unserer Mitstreiter:innen in Mali, Niger, Tunesien, Guinea, Togo, Marokko und der DR Kongo. Unser Spenden-Motto lautet: Umverteilung praktisch angehen! →
Seite 4



Rund 1 Mio. Menschen demonstrierten am 06.09.2017 im gesamten Land gegen Präsident Faure Gnassingbé, u.a. in Lomé [Foto: Pius Utomi Ekpei / AFP]

Familiendiktatur seit 1967

In Togo kämpfen Menschen seit über 50 Jahren für einen demokratischen Wandel

Togo ist ein kleines Land in Westafrika, das nur selten im Rampenlicht der internationalen Öffentlichkeit steht. Gleichwohl ist es unverzichtbar, sich kritisch mit Togo auseinanderzusetzen: Einerseits, weil das Land seit 1967 diktatorisch von einer einzigen Familie regiert wird – einschließlich schwerster Menschenrechtsverletzungen. Andererseits, weil das Regime immer wieder Unterstützung von außen erhält, auch aus Deutschland. Das ist der Grund, weshalb Afrique-Europe-Interact seit zehn Jahren mit verschiedenen Oppositionsgruppen in Togo zusammenarbeitet. Und hierzu gehört auch, dass wir uns für ein konfrontativeres Vorgehen gegenüber dem togolischen Regime stark machen.

Der derzeitige Präsident Faure Gnassingbé ist 2005 an die Macht gelangt: In einer Art monarchischer Erbfolge trat er in die Fußstapfen seines verstorbenen Vaters Gnassingbé Eyadéma, der 1963 einen Putsch gegen den ersten Präsidenten Sylvanus Olympio durchgeführt und das Land seit 1967 autokratisch regiert hatte [vgl. die Zeitleiste auf den Seiten 2 und 3]. Anders als sein Vater präsentiert sich Faure Gnassingbé aufgeschlossen und liberal. Bereits 2009 betonte er bei einer Pressekonferenz mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass Togo eine "unumkehrbare Entscheidung" zugunsten der Demokratie getroffen habe. Die Wirklichkeit sieht freilich anders aus, wie nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen regelmäßig zeigen – etwa Amnesty International 2021 in einem ausführlichen Bericht zur aktuellen Menschenrechtslage: "Friedliche, von politischen Parteien oder Menschenrechtsaktivist:innen organisierte Versammlungen werden oft von der Polizei, der Gendarmerie oder der Armee willkürlich verboten und gewaltsam auf-

gelöst. [...] Die Sicherheitskräfte wenden bei der Festnahme und während der Untersuchungshaft regelmäßig Folter und andere Misshandlungen an, um Geständnisse zu erzwingen oder Angeklagte zu belasten."

Auf ähnliche Weise waren die jüngsten Präsidentschaftswahlen im Februar 2020 von systematischer Benachteiligung der Opposition und massivem Wahlbetrug geprägt, wie mehrere Mitglieder unseres Netzwerks beobachten konnten, auch vor Ort: Sichtbaren Wahlkampf hat einzig die Partei des Präsidenten gemacht – nicht nur, weil die Oppositionsparteien ihre staatlich garantierte Wahlkampfhilfe zu spät erhalten haben. Vielmehr hat Faure Gnassingbé das gesamte Land zu seinen eigenen Gunsten antreten lassen. Überall, wo er hinkam, wurden Schuldirektor:innen angewiesen, die Schulen zu schließen, damit die Schüler:innen dem Präsidenten einen ehrenhaften Empfang bereiten könnten. Noch absurder waren die Wahlen selbst: Für 9.000 Wahllokale waren gerade einmal 280 Wahlbeobachter:innen zugelassen, wobei Vertreter:innen der katholischen Kirche und der EU keine Registrierung erhalten hatten. Die Benutzung eigens angeschaffter Wahlmaschinen zur fälschungssicheren Auswertung der Wahlergebnisse wurde zwei Tage vor dem Urnengang verboten. Nach Schließung der Wahllokale verkündete die Wahlkommission in Rekordtempo, dass Amtsinhaber Faure Gnassingbé die Wahlen mit 72,4 Prozent der Stimmen gewonnen habe. Befragungen vor den Wahlen lassen dieses Ergebnis hochgradig unglaubwürdig erscheinen, zumal am Wahltag selbst zahlreiche Unregelmäßigkeiten wie Wählerlisten mit falschen Namen oder bereits früh

gefüllte Wahlurnen festgestellt wurden. Doch eine Überprüfung war unmöglich, da die Ergebnisse nicht aufgeschlüsselt nach Wahlkreisen bekannt gegeben wurden. Afrique-Europe-Interact hat sich dreimal mit ausführlichen Stellungnahmen an die alte Bundesregierung gewandt. Doch diese ließ die Kritik an sich abperlen, ungeachtet dessen, dass sie vor den Präsidentschaftswahlen im Februar 2020 eine "detaillierte Veröffentlichung der Wahlergebnisse" noch explizit für notwendig erklärt hatte.

Justiz als bewaffneter Flügel im Kampf gegen politische Gegner

Bereits 2017/2018 forderten bei Massenprotesten im gesamten Land Hunderttausende den Rücktritt von Faure Gnassingbé. Die Proteste wurden blutig niedergeschlagen, seitdem sitzen über 100 politische Gefangene in Togos völlig überfüllten Haftanstalten, viele von ihnen ohne Anklage [vgl. die Seiten 2 bis 4]. Doch die togolische Justiz schweigt in aller Regel. Schlimmer noch: Sie dient als "bewaffneter Flügel im Kampf gegen politische Gegner", wie es Togo Debout formuliert, eine der bekanntesten Oppositionsgruppen im Land. So ordnete im November 2020 zwar die Anklagekammer des zentralen Berufungsgerichts in der Hauptstadt Lomé die Untersuchung von Foltervorwürfen an, die durch mehrere Dutzend politische Gefangene erhoben wurden, doch die zuständigen Stellen blieben einmal mehr untätig. Wenn überhaupt fallen ausländische Gerichte Urteile, etwa der Gerichtshof der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, der die togolische Regierung im Oktober 2021 verurteilte, einer Frau Schadensersatz zu zahlen, die nach

einer Demonstration Folter durch Polizisten erlitten hatte. Im Juni 2022 hat sich eine Delegation von Afrique-Europe-Interact mit Vertreter:innen des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Bonn getroffen. Eine der wichtigsten Botschaften seitens des BMZ lautete, dass Menschenrechtsfragen zukünftig wieder stärker berücksichtigt werden sollten – anders als unter der Vorgängerregierung, die sich im Rahmen einer 2021 mit Togo geschlossenen Reformpartnerschaft primär auf (vermeintliche) wirtschaftliche Erfolge Togos fokussiert hat.

Als Afrique-Europe-Interact begrüßen wir es, sollte es tatsächlich zu einer solchen Neuorientierung im Umgang mit Togo kommen. Konkret würde das für uns mindestens vier Dinge bedeuten: Die Bundesregierung müsste sich *erstens* für die Freilassung aller politischen Gefangenen in Togo einsetzen und gleichzeitig die Achtung der Versammlungs- und Redefreiheit offensiv einfordern; sie müsste sich *zweitens* für eine politische Transformation stark machen, denn Faure Gnassingbé ist ein Autokrat im demokratischen Gewande, kein legitimes Staatsoberhaupt; sie müsste *drittens* auf Abschiebungen verzichten, denn wer in Togo offen seine oder ihre Meinung äußert, muss jederzeit mit Repression rechnen (aber auch prinzipiell stellen Abschiebungen eine Menschenrechtsverletzung dar); und sie müsste *viertens* wirtschaftliche Kooperationen von der Achtung ziviler, politischer, sozialer und ökologischer Menschenrechte abhängig machen und auch private Unternehmen hierzu verpflichten – beispielsweise HeidelbergCement, das zu den größten ausländischen Investoren in Togo zählt, gleichzeitig jedoch soziale und ökologische Standards bei der Zementproduktion immer wieder verletzt und zudem eine wichtige Stütze des Regimes darstellt.



Frauenkollektive spielen in den Kämpfen für Demokratie in Togo seit jeher eine tragende Rolle. Das Bild stammt von einer Demonstration des Oppositionsbündnisses "Sauvons le Togo" (Lasst uns Togo retten) im Jahr 2012 [Foto: Daniel Hayduk / AFP]

“In politische Depression verfallen”

Interview: Wie die Frauenbewegung Femmes Pyramide der togolesischen Gesellschaft ihre Würde zurückgibt

Von August 2017 bis Februar 2019 ist es in Togo zu Massenprotesten gekommen, die jedoch von staatlichen Sicherheitskräften brutal unterdrückt wurden. Vor diesem Hintergrund hat sich im Juli 2021 die überkonfessionelle Frauenbewegung "Femmes Pyramide" gebildet – Pyramidenfrauen. Anfangs ging es darum, jeden Freitag schwarze Kleidung zu tragen, um auf die allgemeine Misere aufmerksam zu machen. Nur so konnte das faktische Demonstrationsverbot umgangen werden, das durch eine allgemeine Verschärfung des Versammlungsrechts im August 2019 verhängt wurde. Später verlegten sich die Pyramidenfrauen auf andere Protestformen, unter anderem die Einberufung von Stadtteilversammlungen. Afrique-Europe-Interact arbeitet seit Anfang 2022 mit Femmes Pyramide zusammen. Im Interview berichtet einer der Gründerinnen von ihrer Arbeit, und darüber, was es mit dem Namen auf sich hat.

Warum ist es zur Gründung von Femmes Pyramide gekommen?

Wenn ihr in Lomé auf das Unabhängigkeitsdenkmal blickt, seht ihr eine Frau. Dieses Denkmal wurde entworfen, um all die Frauen zu ehren, die eine wichtige Rolle bei der Befreiung Togos gespielt haben. In diese Fußstapfen wollen wir treten. Denn während der Coronapandemie mussten wir feststellen, dass die Menschen in Togo noch mehr leiden als früher. Schlimmer noch, sie hatten Mühe, zumindest einmal am Tag zu essen. Angesichts dieser Situation konnten wir als Frauen nicht mehr still halten. Denn bereits nach den Präsidentschaftswahlen im Februar 2020 sind viele Togo:innen in eine politische Depression verfallen. Die meisten schweigen seitdem, egal wie sehr sie leiden, egal wie viele Entscheidungen die Regierung zu unseren Un-

gunsten fällt. Doch ein Volk, das sich nicht bewegt, wird immer unterdrückt bleiben. Daher haben wir beschlossen, öffentliche Aktionen zu initiieren, um den Hunger in Togo anzuprangern.

Gab es Reaktionen seitens der Regierung?

Als wir uns gründeten, haben wir uns gefragt: Was können wir tun, um mit unseren Regierenden so zu sprechen, dass unsere Proteste wirklich Auswirkungen haben? Denn wenn wir heute auf die Straße gehen, um zu demonstrieren, geben wir uns dem Wolf hin, es ist, als würden wir zum Schlachthof gehen. Nach reiflicher Überlegung haben wir daher beschlossen, schwarze Kleidung zu tragen, damit ganz Togo schwarz gekleidet ist. Schwarz ist ein Zeichen von Trauer, Traurigkeit, Unruhe und Wut. Und wir haben nicht nur schwarze Kleidung getragen, sondern auch einen Brief an Staatschef Faure Gnassingbé geschrieben. Außerdem haben wir uns an die Premierministerin und an die Präsidentin der Nationalversammlung gewandt, in der Hoffnung, dass sie als Frauen für unsere Anliegen empfänglich sind. Leider haben wir in den ersten Monaten keine Antwort von unseren Regierenden erhalten, noch nicht einmal einen Anruf oder eine E-Mail. Es wurden lediglich Pressemitteilungen herausgegeben, wonach die Schule dieses Jahr kostenlos sei und ein neues Gesetz die Versorgung von Frauen und Neugeborenen verbessern solle. Aber diese und weitere Maßnahmen reichen in unseren Augen keineswegs aus.

Medizinische Notfallmaßnahmen für alle

Wie lauten eure Forderungen? Kannst du das zusammenfassen?

Unsere erste Forderung ist, die Benzinpreise und die Mautgebühren für Motorräder zu reduzieren. Wir fordern zudem, die Steuern für Markthändler:innen zu senken. Denn der Preis der Steuermarken für den Zugang zu Märkten hat sich mittlerweile verdoppelt. Das Ticket, das früher 125 Francs CFA kostete, kostet jetzt 250 Franc CFA. Dabei muss man sich den Zustand unserer Märkte ansehen, also wie die Frauen auf den Märkten leiden, wie sie sich beschweren, wie sie in Tränen aufgelöst sind. Wir fordern drittens, dass der branchenübergreifende Mindestlohn SMIG erhöht wird. Unser Mindestlohn liegt bei 35.000 Francs CFA pro Monat, das sind ca. 53 Euro. Für einfache Arbeiter:innen ist das wirtschaftlicher Selbstmord. Sogar die Tiere stehen höher als wir. Wir wollen, dass der vor Jahren festgelegte Mindestlohn von 35.000 Francs CFA auf 50.000 Francs CFA angehoben wird, um den einfachen Togo:innen ein Minimum an Würde zu garantieren. Wir fordern viertens, dass es medizinische Notfallmaßnahmen für alle gibt. Wenn du heute ins Krankenhaus gehst und dir das Geld für die Behandlung nicht leisten kannst, stirbst du. Selbst bei einem Unfall bist du auf Verwandte angewiesen, die für dich bei der Einlieferung bezahlen. Und schließlich fordern wir, dass die politischen Gefangenen freigelassen werden. Denn sie sind unsere Ehemänner und Brüder.

Worin besteht der konkrete Zusammen-

hang zwischen politischen Gefangenen und Lebenshaltungskosten?

Wenn ein Gefangener inhaftiert wird, leidet die ganze Familie. Ein Vater, der ins Gefängnis kommt, der sorgte bislang für seine Frau und seine Kinder. Wer aber sorgt nun für diese, wenn er im Gefängnis sitzt? All diese Lasten werden auf die Frauen abgewälzt und die Frauen leiden am meisten. Deshalb wollen wir, dass die Gefangenen freigelassen werden. Oder grundsätzlicher formuliert: Wenn wir von Hunger und hohen Lebenshaltungskosten sprechen, sprechen wir von sozialem und ökonomischem Wohlergehen, und wenn wir von Wohlergehen sprechen, sprechen wir von Menschenrechten. Wir werden also weiterhin all das verurteilen, was auf eine Verletzung von Menschenrechten verweist. Und das umfasst auch die Art und Weise, wie die politischen Gefangenen festgenommen werden. Denn sie werden willkürlich verhaftet. Viele sitzen seit zwei oder sogar drei Jahren im Gefängnis und werden nicht vor Gericht gestellt. Und sie werden gefoltert. Kurzum, man kann nicht über die hohen Lebenshaltungskosten sprechen, ohne über Menschenrechte und die politischen Gefangenen zu sprechen.

Was ist über Folter in togolesischen Gefängnissen bekannt?

Es gibt Fotos, die zeigen, wie einem Menschen die Arme am Körper festgebunden werden und er tagelang ohne Nahrung und Wasser in einem dreckigen Loch gehalten wird. Oder wie einem Menschen Tränengas in die Augen gesprüht und er gezwungen wird, in die Sonne zu schauen, während man ihn auspeitscht. In der Allgemeinen Charta der Menschenrechte wird Folter ver-

urteilt, Togo muss daher zur Rechenschaft gezogen werden.

Und was bedeutet all dies für die Demokratie in Togo?

In Togo ist zwar viel von Demokratie die Rede, aber wir können nicht frei sprechen. Wir sind nicht frei, das zu äußern, was wir als Togo:innen denken. Wir sind nicht frei zu demonstrieren. Das Recht auf Versammlungsfreiheit wird uns verwehrt. Und wer aufsteht, um zu protestieren, wird gewaltsam niedergeschlagen, drangsaliert oder sogar getötet. Wir fordern daher, dass die Schikanen der Polizei und die Übergriffe auf togolesische Bürger:innen aufhören. Elend, Hunger, Speichelleckerei, polizeiliche Willkür, all das – genauso wie eine steigende Zahl an Suiziden – muss aufhören.

Ihr habt mit euren Protesten im Juli 2021 begonnen – wie sieht eure Bilanz ein Jahr später aus?

Dank unserer Aktionen sind die Fälle von Folter erheblich zurückgegangen und die Lage der Gefangenen wird zunehmend diskutiert, so wie auch einzelne Politiker:innen – etwa die Premierministerin Tomega Dogbe – angefangen haben, mit uns zu sprechen. Gleichzeitig sind wir zu einem Kanal der Hoffnung geworden. Dabei hilft uns auch unser Name, der nicht nur eine Anspielung auf die ägyptischen Pyramiden darstellt, die von der zivilisatorischen Größe zeugen, die Afrika schon früh erlebte. Es geht auch um das, was die Pyramide symbolisiert: Sie hat eine breite Basis, aber nur eine Spitze. Denn die Anstrengungen aller Bürger:innen müssen gebündelt werden, um das eine Ziel eines Wohlergehens aller zu erreichen.

GESCHICHTE TOGOS IM SCHNELLDURCHLAUF

1650 - ca 1850: Während der Hochphase des atlantischen Sklavenhandels gehörte das heutige Togo – zusammen mit dem heutigen Benin und dem Westen des heutigen Nigerias – zur sogenannten "Sklavenküste", jener Region in Westafrika, aus der die meisten über den Atlantik verschleppten Sklav:innen stammten. Ökonomisch war der Sklavenhandel Ausgangspunkt einer im Kolonialismus zwischen ca. 1880 und 1960 einmal mehr verschärften Dynamik, in der sich Europa zunehmend industrialisierte, während die wirtschaftliche Entwicklung in Afrika systematisch blockiert wurde.

1884 : Bis hierhin setzte sich das heutige Togo aus vielen kleinen (quasi-) staatlichen Einheiten zusammen, die sich nur eingeschränkt gegen ihre ungleich größeren Nachbarn behaupten konnten – unter anderem das Aschantireich im heutigen Ghana, die Mossi-Königreiche im heutigen Burkina Faso und das Königreich Dahomey im heutigen Benin. Seit 1884 wurde Togo durch Deutschland kolonisiert – der offizielle Name lautete "Deutsches Schutzgebiet Togo". Im Zuge des Ersten Weltkrieges kapitulierten die deutschen Polizeitruppen bereits im August 1914. Der westliche Teil Togos wurde dem britischen Empire zu-

geschlagen, der östliche Teil dem französischen Kolonialreich.

1960 erlangte Togo seine staatliche Unabhängigkeit, doch bereits 1963 wurde Präsident Sylvanus Olympio ermordet. Verantwortlich war unter anderem der Ex-Kolonialsoldat Gnassingbé Eyadéma, der 1967 die Macht endgültig an sich zog und eine Militärdiktatur errichtete. Dabei besetzten die Angehörigen seiner eigenen aus dem Norden stammenden Ethnie der Kabyé die zentralen Positionen im Staat, in der Justiz, bei den Sicherheitskräften und in der Wirtschaft – dies mit der Begründung,

dass sie die "wahren" bzw. "ursprünglichen" Togo:innen seien. Neben Frankreich gehörte der langjährige bayrische Ministerpräsident Franz-Joseph Strauß zu Eyadémas engsten Verbündeten in Europa, von ihm stammt auch der Ausspruch "Wir Schwarzen müssen zusammenhalten".

1990 kam es in Togo genauso wie in zahlreichen anderen afrikanischen Ländern zu einem zweiten demokratischen Frühling – einschließlich einer neuen Verfassung, die die Zahl der Amtszeiten eines Präsidenten auf zwei Durchgänge beschränkte. Eyadéma war

jedoch nicht bereit, die Macht abzugeben. Stattdessen ging er brachial gegen die Opposition vor – daran konnten auch Massenproteste und ein 9-monatiger Generalstreik nichts ändern. Konsequenz war, dass Deutschland die staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit Togo 1991 aufsetzte, die EU 1993.

2005 starb Eyadéma überraschend. In einer Nacht- und Nebelaktion erkoren Militär, Parlament und Verfassungsgericht seinen Sohn Faure Gnassingbé zum Nachfolger. Erst auf internationalen Druck hin trat dieser zurück und ließ sich im April 2005

Haft wegen Streik

Interview: Konflikte im Bildungswesen

Die Krise in Togo durchzieht alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, auch das Bildungswesen, wo es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Lehrer:innen und staatlichen Behörden kommt. Wir haben daher mit einer Lehrerin aus der Nähe von Lomé gesprochen. Sie erzählt von einem Streikzyklus, der sich mittlerweile seit über zwei Jahren hinzieht – mit dramatischen Auswirkungen nicht nur für Lehrer:innen und Schüler:innen, sondern auch für die gesamte Gesellschaft.

Du bist Lehrerin. Wie erlebst du die derzeitige Situation an den Schulen in Togo?

Die heutige Situation von Lehrer:innen in Togo ist alarmierend. Das Gehalt ist im Vergleich zu anderen Nachbarländern niedrig. Daher kam es am 3. und 4. November 2021 zu Streiks, in denen Lehrer:innen eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen einforderten. Viele von uns haben diese Streiks der Gewerkschaften aufmerksam verfolgt und alle haben positiv reagiert.

Und wie hat die Regierung reagiert?

Die erste Antwort der Regierung auf die Forderungen der Gewerkschaften war negativ, danach gab es überhaupt keine Reaktion mehr. Die Hauptforderung der Gewerkschaften war die Umsetzung einer Gehaltserhöhung, die die Regierung bereits für 2020 in Aussicht gestellt hatte. Doch die Lehrer:innen mussten feststellen, dass hier schlicht nichts passierte. Einzig deshalb sind sie in den Streik getreten...

...woraufhin viele Lehrer:innen entlassen wurden?

Ja, so war es. Bereits am ersten Tag des Streiks hat die togolesische Regierung über das Bildungsministerium versucht, mehr als 1.400 Lehrer:innen zu entlassen, sodass viele auch tatsächlich ihre Stelle verloren haben. Laut togolesischer Regierung hätten sich die betroffenen 1.400 Lehrer:innen aktiv am Streik beteiligt, während die meisten der Entlassenen sagen, dass dies nicht stimme. Trotzdem hat der derzeitige Bildungsminister versucht, sie aus dem Amt zu entfernen.

Wer soll diese Lehrer:innen ersetzen, kann sich die Regierung eine solche Maßnahme überhaupt leisten?

Der Bildungsminister ist dabei, andere, neue Lehrer:innen zu ernennen, die die Posten der alten übernehmen. Jene Lehrer:innen, denen vorgehalten wird, den Streik zu unterstützen, werden also nach und nach durch neue ersetzt.

Wie beurteilst du diese Reaktion der Regierung auf den Streik?

Es scheint, als ob der Bildungsminister mit dem Schlagstock gekommen ist, um den Streik der Lehrer:innen gewaltsam niederzuschlagen, anstatt auf ihre Forderungen einzugehen. Doch niemand streikt ohne Grund, das heißt ohne legitime Forderungen. Es ist wirklich eine bedauerliche Situation.

Im März und April dieses Jahres ist es erneut zu Streiks gekommen, weil die Regierung einmal mehr ihre Lohnzusagen nicht eingehalten hat.

Richtig, noch schlimmer war aber, was danach passierte. Denn einmal mehr wurden Lehrer:innen entlassen, diesmal 146. Als dann Schüler:innen für ihre Wiedereinstellung protestierten, auch mit Blick auf die anstehenden Abschlussprüfungen, wurden sieben Schüler:innen wegen angeblichem Vandalismus verhaftet, und einige von ihnen befinden sich bis heute in Haft.

Schüler:innen in Haft, weil sie für ihre inhaftierten Lehrer:innen demonstrieren haben – das klingt skandalös. Wie haben die Menschen darauf reagiert?

Die nationale Lehrergewerkschaft SET, die den Lehrer:innen-Streik organisiert hatte, streikte erneut, um die Freilassung der Lehrer:innen und Schüler:innen zu fordern. Doch die Regierung drehte weiter an der Eskalationsschraube und erstickte den Protest. Seitens der Bevölkerung kam nichts, sie verharrte in Angst.

Wie erklärst du dir das Verhalten der Regierung. Traditionell hat ja schulische Bildung in Togo einen hohen Stellenwert...

2021 wurde eine Art Waffenstillstand zwischen der Regierung und regimenehnen Gewerkschaften ausgehandelt. Teil der Vereinbarung war ein Verbot weiterer Demonstrationen und Streiks bis 2025. Deshalb sah sich die Regierung legitimiert, umso härter gegen die jüngsten Proteste vorzugehen. Und diese Form der Einschüchterung blieb nicht ohne Wirkung: Die meisten Lehrer:innen nehmen sich mittlerweile mit Kritik zurück und geben sich mit den mageren Zugeständnissen der Regierung zufrieden. Denn sie haben Angst, entlassen oder gar verhaftet zu werden.

Und wie kann es jetzt weitergehen?

Wir müssen unmissverständlich feststellen, dass es um die Bildung in Togo katastrophal bestellt ist. Wenn die Situation so weitergeht, befürchte ich, dass die Kinder verkommen werden. Es passt einfach nicht zusammen, dass die Regierung einerseits von qualitativ hochwertiger Bildung spricht und andererseits mit Repression gegen Lehrkräfte vorgeht.

Streiks im Bildungswesen haben in den letzten 30 Jahren immer wieder eine wichtige Rolle gespielt. Wie kann es mit Togo als Ganzes weitergehen, wenn selbst die Lehrer:innen resignieren?

Die aktuelle Situation ist wirklich verwerfend: Einerseits gab es gewisse Verbesserungen für die Lehrer:innen, gleichzeitig wurde für das neue Schuljahr 2022/2023 ein Katalog von Verhaltensregeln verabschiedet – einschließlich angedrohter Sanktionen. Ebenfalls widersprüchlich ist, dass die Bevölkerung wegen der jüngsten dschihadistischen Angriffe im Norden in Panik geraten ist. Denn solche Angriffe gab es bislang noch nicht in Togo, sodass die Bevölkerung der Regierung derzeit etwas aufgeschlossener gegenübersteht.

Streiks im Gesundheits- und Bildungswesen. Wie üblich reagierte das Regime mit ausufernder Gewalt. Hierzu gehörte auch, dass Sicherheitskräfte Anfang 2013 die Großmärkte in Lomé und Kara anzündeten, um die starke Rolle der Markthändler:innen bei den Protesten zu brechen. Gleichwohl nahm Deutschland seit 2011/2012 die Entwicklungszusammenarbeit mit Togo wieder auf.

2017/2018 kam es zu erneuten Massendemonstrationen – dies jedoch in einer Größenordnung wie noch nie in der togolesischen Geschichte. Die Menschen forderten die Rückkehr zur



Festnahme eines Demonstranten in Lomé, Oktober 2017 [Foto: Alphonse Logo / Anadolu Agency via AFP]

Folter nach Massenprotesten

Interview zur Situation politischer Gefangener in Togo

Immer wieder bescheinigen europäische Regierungen dem togolesischen Regime, Fortschritte bei Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gemacht zu haben. Doch Fakt ist, dass in Togos Haftanstalten seit den Massenprotesten 2017/2018 über hundert politische Gefangene sitzen. Auch Folter gehört zum Alltag. Vor diesem Hintergrund hat in Togo im Februar 2021 ein breites Bündnis aus 24 zivilgesellschaftlichen Organisationen und 11 Parteien ein Memorandum zur Situation der politischen Gefangenen veröffentlicht. Im Interview gibt einer der Initiator:innen Auskunft darüber, wie es zu der auch von Afrique-Europe-Interact unterstützten Memorandum-Initiative gekommen ist.

Euer Memorandum richtet sich nicht nur an die internationale Öffentlichkeit, sondern auch die politischen Verantwortlichen in Togo. Haben letztere in irgendeiner Form reagiert?

Nein, bis heute haben wir keine Antwort erhalten. Wir haben daher unsere Arbeit fortgesetzt, um die Öffentlichkeit über die Situation der politischen Gefangenen zu informieren, die zum Teil seit über drei Jahren im Gefängnis schmoren. Ohne Anklage und ohne Kontakt zu ihren Familien – und das in Haftanstalten wie der ehemaligen Direktion der Nationalen Gendarmerie, die keine regulären Gefängnisse sind und den internationalen Bestimmungen zu Haftbedingungen in keiner Form gerecht werden. Viele sind auf diese Weise erkrankt, einige sogar gestorben.

Ihr habt auch Fälle von Folter dokumentiert. Was wisst ihr genau?

Von 2017 bis 2018 gab es riesige Demonstrationen in Lomé und in mehreren Städten im Landesinneren, die aber brutal nieder-

geschlagen wurden, was zahlreiche Tote gefordert hat. Um diese Bewegung zu stoppen, hat das Regime eine Repressionskampagne gegen alle Aktivist:innen entfacht, die damals auf die Straßen gegangen sind, um etwas sehr Einfaches zu fordern – nämlich die Rückkehr zur Verfassung von 1992, welche unter anderem die Amtszeiten eines Präsidenten auf zwei Durchgänge beschränkt. Menschen wurden verhaftet und in der Zentrale des SCRIC festgehalten, des „Service Central de Recherche et d'Investigation Criminelle“, wo sie brutale Folter erlitten. Noch schlimmer war es im Lager der GIPN, der „Groupe d'Intervention de la Police Nationale“, wo Menschen mit den Füßen in der Luft und dem Kopf nach unten hängend gefesselt wurden. Man schlug ihnen mit Knüppeln und Schlagstöcken auf die Fußsohlen, sodass einige von ihnen bis heute nicht mehr laufen können und gezwungen sind, sich im Rollstuhl fortzubewegen. Einige Gefangene wurden in Handschellen gelegt, gefesselt und andere in Klärgruben mit menschlichen Exkrementen gesteckt und dort stundenlang festgehalten, bevor man sie wieder herausholte. Einer von ihnen starb daran. Auch danach gab es eine Reihe von Todesfällen. Die nationale Menschenrechtskommission, mit der wir uns getroffen haben, hat Beschwerde eingelegt, um all dies zu stoppen und zu erreichen, dass die Menschen in reguläre Gefängnisse überstellt werden, aber ohne Erfolg.

Wie beurteilt ihr die Beziehungen zwischen Deutschland und Togo?

Während der ersten Demokratiebewegung Anfang der 1990er Jahre erschien uns die deutsche Regierung und ihre Vertretung in Togo wie ein Freund des togolesischen Volkes. Die deutschen Vertreter:innen in Lomé waren als jene Persönlichkeiten bekannt, an die man sich wenden konnte,

wenn Personen verhaftet wurden oder wenn es Übergriffe des Staates gab. Beispielsweise am 25. Januar 1993, als die Proteste gegen das alte Éyadéma-Regime auf dem Höhepunkt standen. Damals war zufällig ein Staatssekretär des deutschen Außenministeriums vor Ort, als in Lomé ein schreckliches Massaker im Park Fléau Jardin stattfand, bei dem mehr als 100 Menschen getötet wurden. Deutschland spielte eine führende Rolle bei der Verurteilung dieses Gewaltaktes. Konkret wurde sogar die Entwicklungszusammenarbeit aufgekündigt. Aber in den letzten zehn Jahren hat sich die Situation grundlegend geändert. Denn die togolesische Regierung arbeitete nun daran, ausländische Diplomaten auf ihre Seite zu ziehen, sodass die Unterstützung seitens der deutschen Botschaft schwächer wurde.

Wie erklärt ihr euch den Sinneswandel in der Politik Deutschlands?

Anfang der 1990er Jahre rechneten die Deutschen fest damit, dass die Eyadéma-Dynastie stürzen würde, die in erster Linie Frankreich untergeordnet war. Dabei hofften sie, mit einer neuen Regierung eigene Interessen besser verfolgen zu können. Als sich nichts änderte, näherte sich Deutschland wieder dem alten Regime an, ablesbar an der Ausweitung der Konzession an HeidelbergCement, das nicht nur Zement herstellt, sondern auch von der Ausbeutung togolesischer Klinkervorkommen für die Herstellung von Zement profitiert.

Was wünscht ihr euch von der deutschen Regierung?

Als Demokrat:innen müssen wir über die Situation in Togo informieren: Morde, Verhaftungen, etc. Und genau hier muss die deutsche Regierung entscheiden, mit wem sie wirklich zusammenarbeiten möchte.

bei massiv gefälschten Präsidentschaftswahlen offiziell zum Nachfolger seines Vaters wählen. Bei anschließenden Massenprotesten starben rund 900 Menschen durch staatliche Sicherheitskräfte, 4.000 wurden verletzt, mindestens 60.000 mussten in die Nachbarländer Ghana und Benin fliehen (bei einer Bevölkerung von damals 5 Mio. Menschen). Ungeachtet dessen galt Gnassingbé fortan als legitimer Präsident Togos.

2012 gingen anlässlich der bevorstehenden Parlamentswahlen erneut Hunderttausende gegen Gnassingbé auf die Straße, 2013 folgten massive

Verfassung von 1992 (Stichwort: zwei Amtszeiten) und zugleich den Rücktritt von Gnassingbé

2018 schaltete sich die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS als Vermittlerin ein, die Proteste ebten ab. Doch das Regime setzte die mit der ECOWAS vereinbarten institutionellen Reformen nicht um – etwa zur Neuzusammensetzung der Wahlkommission oder zur Reform des Wähler:innenregisters. Stattdessen beschloss das togolesische Parlament im Mai 2019, die Zahl der präsidentialen Amtszeiten auf zwei zu beschränken, allerdings

mit dem Zusatz, dass die ersten drei Amtszeiten von Gnassingbé nicht angerechnet werden. Zudem entschied das Parlament, dass ehemalige Präsidenten zeitlebens nicht für Vergehen angeklagt und verurteilt werden dürfen, die sie im Rahmen ihrer Präsidentschaft begangen haben. Ebenfalls 2019 wurde das Demonstrationsrecht massiv eingeschränkt: Demonstrationen sind nur noch zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten erlaubt, zudem stehen sie unter einem generellen Vorbehalt. Anlässlich der Corona-Krise hat dies zu einem faktischen Demonstrationsverbot geführt, in jüngerer Zeit werden auch dschihadistische Anschläge im Norden Togos als Rechtfertigung für De-

monstrationsverbote herangezogen.

2020 gewann Gnassingbé die Wahlen zum vierten Mal [vgl. Seite 1]. Die Opposition präsentierte zahlreiche Indizien für massiven Wahlbetrug, doch einmal mehr wurde sein Wahlsieg international anerkannt. 2021 schloss Deutschland eine sogenannte Reformpartnerschaft mit Togo, der damalige Entwicklungsminister Gerd Müller geriet sogar ins Schwärmen: „Deutschland und Togo – das ist mehr als eine Partnerschaft, es ist eine Freundschaft.“ Ob die Bundesregierung unter Olaf Scholz einen anderen Kurs einschlägt, bleibt abzuwarten.



Bewohner:innen des Quartiers Souza Netime (Lomé) berichten von Durchsuchungen durch Sicherheitskräfte, 2017 [Foto: Yanick Folly / AFP]

“Seit Amtsantritt 2005 illegitim”

Interview: Warum Präsidenten nur zwei Amtszeiten haben sollten

Am 17. September 2022 wurde in Senegals Hauptstadt Dakar eine Kampagne gestartet, die die Amtszeiten afrikanischer Präsidenten auf zwei Durchgänge beschränken möchte. Initiator der Kampagne ist das zivilgesellschaftliche Netzwerk *Tournons la Page*, in dem sich rund 250 zivilgesellschaftliche Organisationen in zehn afrikanischen Ländern zusammengefunden haben. Zu den Mitgliedsgruppen zählt auch die Organisation *Togo Debout*, mit der *Afrique-Europe-Interact* eng zusammenarbeitet. Wir haben uns deshalb mit einem der Vertreter:innen von *Togo Debout* direkt nach dem Start der Kampagne unterhalten und gefragt, welche Zielsetzungen mit der auf 18 Monate angelegten Kampagne verbunden sind – nicht nur für Togo, sondern auch für den gesamten afrikanischen Kontinent.

Warum habt ihr eine Kampagne für die "Begrenzung von Amtszeiten" mitinitiiert?

In den letzten Jahren gab es in vielen Ländern Afrikas einen Trend zur Ausweitung der politischen Macht. Regime und Staatsoberhäupter neigten immer mehr dazu, sich um jeden Preis an die Macht zu klammern. Es kam zu undemokratischen Verfassungsänderungen, um die Begrenzung der Amtszeiten von Präsidenten zu umgehen, es wurden auch Wahlen manipuliert. Doch die afrikanische Bevölkerung wünscht sich mehrheitlich Demokratie. Laut Afrobarometer sprachen sich 70 Prozent der afrikanischen Bevölkerung für eine Begrenzung der Amtszeiten aus. Bereits 2015 wollte die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS diese Reform in einem Zusatzprotokoll verabschieden, doch sie scheiterte am Widerspruch der Regierungen von Togo und Gambia. Und auch heute gibt es innerhalb der ECOWAS noch Staatschefs, die diese Reform nicht wollen.

Richtet sich diese Kampagne hauptsächlich an die ECOWAS oder gibt es auch andere Adressaten?

Es ist eine panafrikanische Kampagne. Wir hoffen also, dass nach der ECOWAS auch andere afrikanische Institutionen diese Reform zur Begrenzung der Amtszeiten annehmen werden.

Hast du denn Hoffnung, dass die ECOWAS diese Reform beschließen wird?

Wenn es uns gelingt, engagierte Musiker:innen, große Sportler:innen, Intellektuelle, Journalist:innen oder Akademiker:innen einzubeziehen, dann denke ich, dass wir eine realistische Chance haben, die ECOWAS zur Umsetzung dieser Reform zu bewegen.

Anlässlich des Starts der Kampagne in Dakar haben die Behörden überraschend

das Eröffnungskonzert verboten, auf dem unter anderem die Künstler:innen auftreten sollten, die ein gemeinsames Lied zur Kampagne aufgenommen haben. Was steckt hinter diesem Verbot?

Offensichtlich ist die Situation noch ernster, als wir dachten. Wir dachten, dass in Westafrika nur wenige Länder wie Togo oder die Elfenbeinküste von dem Problem des dritten Mandats betroffen seien. Aber jetzt mussten wir feststellen, dass es selbst mit vermeintlich demokratischen Ländern wie dem Senegal zu Konflikten kommt. Umso wichtiger ist, dass das Verbot ein enormes Medienecho ausgelöst hat, zudem haben wir das Konzert intern durchgeführt und sodann ins Internet gestellt, damit die Leute verstehen, was wir vorhaben. Besonders wichtig ist es uns, junge Menschen zu mobilisieren.

Ist es überhaupt möglich, in Togo politische Aktivitäten in der Öffentlichkeit durchzuführen?

In der Tat, derzeit ist es nicht möglich, Demonstrationen zu organisieren. Ich glaube aber, dass wir Menschen in Togo aufrütteln können, wenn die Kampagne eine gewisse Mobilisierung auf panafrikanischer Ebene erreicht hat und zum Beispiel offene Briefe von bekannten Persönlichkeiten an die togolesischen Behörden gerichtet werden. Und vielleicht kann dann auch die kollektive Depression überwunden werden, von der häufig die Rede ist. Denn nur, weil es eine kollektive Depression gibt, bedeutet das ja nicht, dass die Bevölkerung ihre Unzufriedenheit nie wieder in Protesten zum Ausdruck bringen wollte.

Ihr sprecht von antidemokratischen Verhältnissen, was meint ihr mit Blick auf Togo genau?

Die Legislative und die Justiz sind von der Exekutive abhängig. Insbesondere die Justiz wird in Togo instrumentalisiert. Sie dient dazu, abweichende Stimmen zu unterdrücken und Oppositionelle willkürlich zu verhaften. Konkreter: Sämtliche Grundrechte werden in Togo nicht respektiert, besonders die Meinungsfreiheit und die Freiheit, sich friedlich zu versammeln. Auch das Vereinsgesetz wird verschärft. Hinzu kommt die Straflosigkeit: Nachdem Kinder von Sicherheitskräften getötet wurden, gab es eine Untersuchung, aber die Schuldigen wurden nicht belangt. Zudem sind Gewerkschafter:innen und Schüler:innen im Gefängnis, weil sie demonstrieren haben. All das kennt man nicht aus demokratischen Ländern, sondern aus Diktaturen.

Immer wieder fordern Exil- bzw. Dias-

pora-Gruppen in Europa, Faure Gnassingbé nicht als rechtmäßigen Präsidenten Togos anzuerkennen. Was denkst du dazu?

Meines Erachtens müssen wir schlicht akzeptieren, dass Faure Gnassingbé derzeit Präsident ist. Denn was folgt daraus, wenn wir ihn nicht als Präsidenten anerkennen? Wer soll an seine Stelle treten? Durch welches Verfahren? Dennoch möchte ich betonen, dass seine Macht bereits seit seinem Amtsantritt 2005 illegitim ist. Wir dürfen nicht vergessen, wie er an die Macht gekommen ist – zuerst durch einen Putsch, dann durch manipulierte Wahlen und Gewalt. Die entscheidende Frage ist daher, was wir 2025 tun werden, wenn seine vierte Amtszeit endet. Schaffen wir es, eine fünfte Amtszeit zu verhindern, indem endlich glaubwürdige Wahlen mit anderen Kandidat:innen organisiert werden?

Was erwartet ihr von Ländern wie Deutschland? In einem offenen Brief an die deutsche Botschaft habt ihr 2018 gefragt, ob für Togo:innen andere Grundrechte gelten würden als für europäische Bürger:innen.

Ich war sehr angenehm überrascht, als mich vor etwa zwei Monaten der Deutsche Botschafter anrief und mitteilte, dass er sich mit uns treffen wollte – auch als Ergebnis davon, dass ihr euch als *Afrique-Europe-Interact* in Deutschland mit Vertreter:innen des Entwicklungsministeriums getroffen habt. Womöglich ist das ein Anfang für eine Veränderung in die richtige Richtung.

Wie lauten eure konkreten Forderungen?

Deutschland muss sich stärker für die Freilassung der politischen Gefangenen einsetzen. Außerdem fordern wir, dass die Qualität der Justiz verbessert wird. Die Europäische Union hat viel Geld in die Modernisierung der togolesischen Justiz investiert, aber bis jetzt sehen wir noch keine Ergebnisse. Und die Durchführung der Wahlen muss dahingehend verändert werden, dass die Ergebnisse endlich aufgeschlüsselt nach Wahlkreisen bekannt gegeben werden und nicht pauschal für das ganze Land. Denn das öffnet Manipulationen Tür und Tor.

Eine abschließende Frage: Welche Bündnisse sollte Togo international anstreben?

Meines Erachtens sind alle Partner, die grundlegende demokratische Freiheiten unterstützen, willkommen. Daher bleibt auch Europa ein wichtiger Partner. Ich betone das, weil es vermehrt Aktivist:innen gibt, die sich gegen Europa abschotten wollen und stattdessen dafür plädieren, das Bündnis mit Ländern wie China oder Russland zu suchen.

THEATER-TIP

Riadh Ben Ammar – Aktivist bei *Afrique-Europe-Interact* und Theaterschauspieler – bietet Theateraufführungen an. Sein aktuelles Stück heißt „Die Falle“ und ist eine Geschichte über die geschlossenen EU-Außengrenzen und ihre Missverständnisse: Man kann nicht an der Küste leben, ohne die andere Seite wenigstens einmal gesehen zu haben. Die jungen Leute, die es schaffen, in Europa zu landen, versuchen alles, um nicht wieder mit leeren Händen zurückzukehren. Illegalität, Kriminalität und die ständige Angst, abgeschoben zu werden, sind ihr Alltag. Riadh präsentiert seine Theaterstücke nicht nur auf Theaterbühnen, sondern auch in Parks und Hinterhöfen, vor Schulklassen oder auf Festivals, Kundgebungen und Konferenzen – pandemiebedingt sind auch online-Auftritte dazugekommen.

Er freut sich über Einladungen und Anfragen per Mail an:

theaterfuerbewegungsfreiheit@gmail.com

BUCH-TIP 1

Emmanuel Mbolela und Alexander Behr – beide aktiv bei *Afrique-Europe-Interact* – haben mit Emmanuel Mbolelas Buch „Mein Weg vom Kongo nach Europa“ seit 2014 über 300 Buchpräsentationen gemacht und so die finanzielle Grundlage für das von *Afrique-Europe-Interact* in Rabat (Marokko) betriebene Rasthaus „Baobab“ für Migrantinnen und ihre Kinder gelegt. Nun veröffentlicht Alexander Behr unter Rückgriff auf diese und viele weitere Erfahrungen im Oekom-Verlag das Buch „Globale Solidarität. Wie wir die imperiale Lebensweise überwinden und die sozial-ökologische Transformation umsetzen“ (280 Seiten, 20 Euro). Für *Afrique-Europe-Interact* ist das Buch auch deshalb wichtig, weil es die Klimakrise in den Blick nimmt, von der bäuerliche Mitglieder unseres Netzwerks in Mali, Guinea und der DR Kongo bereits heute besonders stark betroffen sind. Interessant sind auch zahlreiche geschichtliche Rückblicke, u.a. auf das Solidaritätsverständnis der frühen Arbeiter:innenbewegung in Europa.

Weitere Infos: www.oekom.de

ÜBER DAS NETZWERK

Afrique-Europe-Interact (AEI) ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind Basisaktivist:innen unter anderem in Mali, DR Kongo, Togo, Niger, Guinea, Tunesien, Marokko, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, Migrant:innen und Abgeschobene. AEI kritisiert die repressive EU-Migrationspolitik, gleichzeitig sollen die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit die Forderung nach gerechter bzw. selbstbestimmter Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden. Grundsätzlich ist AEI gleichermaßen in Afrika und Europa aktiv. Wo es passt, arbeiten wir auch gerne in Bündnissen.

WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET

TWITTER: @AE_INTERACT

FACEBOOK: AFRIQUE EUROPE INTERACT

MAIL: INFO@AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET VGL. ZUDEM WEBSEITE

TELEFON: +49 (0) 151 / 525 27 776

BUCH-TIP 2

Olaf Bernau ist aktiv bei *Afrique-Europe-Interact*. Im März ist bei C.H.Beck sein Buch „Brennpunkt Fluchtursachen und was Europa tun sollte“ (320 Seiten, 18 Euro) erschienen. Das Buch ist eine Mischung aus wissenschaftlicher Betrachtung und journalistischer Beschreibung, es greift an vielen Punkten Erfahrungen auf, die mit unserem Netzwerk zusammenhängen. Kontakt für Lesungen oder Veranstaltungen zu einzelnen Themen des Buches: **www.olafbernau.de**

FILM-TIP

Richard Fouofié Djimeli ist Geflüchteter aus Kamerun und Aktivist. Er arbeitet als Schauspieler und Filmemacher. Sein jüngster Film heißt „Die vergessenen Migrant:innen“. Es geht um zirkuläre Migration in Westafrika. Dafür hat Richard in Mali einen Fischer, einen Markthändler, einen Bauern und eine Aktivistin begleitet. Kontakt für Filmvorführungen & Filmgespräche: **info@afrique-europe-interact.net**

SPENDEN, SOLIDARITÄT & IMPRESSUM

Afrique-Europe-Interact ist für seine Arbeit auf regelmäßige Spenden angewiesen – ob als **monatlicher Dauerauftrag** oder **einmalige Unterstützung!** Dabei können Spenden konkreten Projekten zugedacht werden (ggf. bitte angeben) oder 'ungebunden' unsere gesamte Arbeit unterstützen. Praktischer sind für uns ungebundene Spenden, einfach deshalb, weil sie uns mehr Flexibilität geben, auf unerwartete Finanzbedarfe zu reagieren.

Anlässlich dieser auf Togo fokussierten Beilage möchten wir insbesondere auf unsere togospezifischen Spendenbedarfe aufmerksam machen: In Togo unterstützten wir **erstens** Aktivitäten, die sich für einen demokratischen Wandel einsetzen, u.a. indem wir Reisekosten wie zur *Tournons la Page*-Konferenz in Dakar übernehmen (vgl. Interview auf S. 4), **zweitens** unterstützen wir Familien, die von Repression betroffen sind, insbesondere Schulbesuche von Kindern (vgl. Interview auf S. 2) und **drittens** unterstützen wir Aktivitäten rund um das Thema Migration. Ein Hinweis noch: Die meiste Arbeit bei *Afrique-Europe-Interact* erfolgt ehrenamtlich. Lediglich in Marokko, Mali und Niger bezahlen wir an 15 bis 20 Personen kleine Gehälter, Aufwandsentschädigungen oder Tagespauschalen.

Spenden sind steuerlich absetzbar! (bitte Adresse mitteilen)

Unsere Kontoverbindung (alternativ: online per Lastschriftinzug)

Name Globale Gerechtigkeit e.V.
Bank GLS Gemeinschaftsbank
IBAN DE67 4306 0967 2032 2373 00
BIC GENODEM1GLS

V.I.S.D.P. Volker Mörchen, Hardenbergstr. 52/54, 28201 Bremen.

Bei Interesse schicken wir gerne Exemplare dieser Zeitung zu.

Die Namen unserer Interviewpartner:innen werden aus Gründen der persönlichen Sicherheit nicht genannt.

Afrikanische Bevölkerung wünscht Demokratie